

12/1/2021

Beschluss

geändert angenommen

Anerkennung von Opfern rechter Gewalt

Wir fordern:

- Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität - rechts“, welches sowohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen berücksichtigt, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle spielen, erfasst.
- Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert*innen und die nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.
- Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.